

Niederschrift

über die Sitzung des Finanzausschusses der Gemeinde Oldenswort

vom: 18.11.2008

in: Oldenswort, Gemeindezentrum

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:10 Uhr

Anwesend:

(gesetzl. Mitgliederzahl: 5)

a) stimmberechtigt:

als Vorsitzender
Gemeindevertreter Hauke Koopmann

stellv. Vorsitzender Peter-Detlef Claußen

Gemeindevertreter: Reiner Dobbertin
Dietmar Frhr. Taets von Amerongen
Michael Bolz als Vertreter für Stephan Gosch

b) nicht stimmberechtigt:

Bürgermeister Frank-Michael Tranzer

Gemeindevertreter/in:
Brigitte Hansen, Jürgen Massow, Jürgen-Adolf Jebe, Wilfried Massow

AOR Wolfgang Beushausen, Amt Eiderstedt
VA Jochen Guhlke, zugleich als Protokollführer

c) es fehlt entschuldigt:

Gemeindevertreter Stephan Gosch

Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung sind öffentlich bekannt gegeben worden. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die Ladungsfrist Einwendungen nicht erhoben werden.

Ebenso wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Entscheidung über evtl. Einwände gegen die Niederschrift vom 11.03.2008
3. Aufstellung einer mittelfristigen Finanzplanung 2008 bis 2013
4. Entwurf des Haushaltsplans 2009 - Anlage wird nachgereicht-
5. Beratung über den Nachtragshaushaltsplan 2008
6. Beratung und Empfehlungsbeschlussfassung über die Abwassergebührensatzung
7. Beratung und Empfehlungsbeschlussfassung über die Neufassung einer Ausbaubei-
tragssatzung - Anlage –
8. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Maßnahme „Haus des Gastes“
9. Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Wegenutzungsvertrages
mit der E.ON Hanse - Anlage liegt vor -
10. Mitteilungen und Anfragen

Die Tagesordnung wird auf Antrag des Vorsitzenden wie folgt geändert:

Als neuer Tagesordnungspunkt wird angefügt:

TOP 3 Bekanntgabe der nächsten Sitzungstermine

Folgende Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:

- TOP 5 Beratung über den Nachtragshaushaltsplan 2008
- TOP 8 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Maßnahme „Haus des Gastes“

Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Die Änderung der Tagesordnung wird durch den Ausschuss einstimmig genehmigt.

1. Einwohnerfragestunde

- a. Nachgefragt wird, ob und wann der Fußweg an der Osterender Chaussee gebaut wird. Darauf antwortet Bürgermeister Tranzer, dass zunächst von der Gemeinde in Erfahrung gebracht werden soll, ob der dort geplante Radweg in absehbarer Zeit gebaut werden wird. Sobald diese Frage geklärt ist, wird es eine Anliegerinformation geben.

- b. Von den Eltern wird Beschwerde darüber geführt, dass die Schulbusse zur Gemeinschaftsschule Tönning überfüllt seien. Es sei keine Seltenheit, dass dort statt 50 – 60 über 100 Kinder mitfahren. Hinzu komme, dass alle Kinder ihren Ranzen und hin und wieder auch ihre Sporttaschen bei sich führen. Die Gemeinde wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass hier Abhilfe geschaffen wird.

Nach Auskunft des Bürgermeisters sei das Problem bekannt, es bestehe bereits seit geraumer Zeit. Hintergrund sei, dass es keine Höchstpersonenzahl für die Schülerbeförderung gebe und daher es aus Kostengründen immer wieder zu übervollen Bussen komme. Es wurde aber zugesagt, sich diesbezüglich nochmals nachdrücklich an den Schulträger – Stadt Tönning - zu wenden, um hier eine Entlastung herbeizuführen.

2. Entscheidung über evtl. Einwände gegen die Niederschrift vom 11.03.2008

Einwände gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 11.03.2008 werden nicht erhoben.

3. Bekanntgabe der nächsten Sitzungstermine

Bürgermeister Tranzer gibt bekannt, dass die nächste Gemeinderatssitzung am 24.02.2009 stattfinden wird. Daraufhin wird als Termin für die nächste Finanzausschusssitzung – soweit entsprechende Tagesordnungspunkte vorliegen – der 17.02.2008 festgelegt.

4. Aufstellung einer mittelfristigen Finanzplanung 2008 bis 2013

Um künftig zu einer besseren mittelfristigen Finanzplanung, die einen Zeitraum von 5 Jahren umfasst, zu kommen, wird vereinbart, dass die Fachausschüsse künftig anstehende Investitionsmaßnahmen z. B. im Bereich der Feuerwehr, des Bauhofes, der Schule usw. bis zum 30.06. eines Jahres dem Finanzausschuss zukommen lassen, damit dieser dann die Investitionen in den mittelfristigen Finanzplan einstellen kann. Dieses Verfahren wird durch den Ausschuss einstimmig gebilligt.

Abst.: 5 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

5. Entwurf des Haushaltsplans 2009

Amtskämmerer Wolfgang Beushausen erläutert zunächst, dass der Haushalt 2008 ausgeglichen werden konnte. Im Verwaltungshaushalt ergibt sich ein Überschuss von rund 18.000 €, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann. Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes ist jedoch eine Rücklagenentnahme in Höhe von ca. 190.000 € vorgesehen. Kreditaufnahmen seien nicht erforderlich.

Zum Haushaltsplanentwurf 2009 hat am 17.11.2008 ein Haushaltsgespräch im Hause der Amtsverwaltung stattgefunden. Zum vorliegenden Entwurf haben sich dadurch noch vereinzelt Veränderungen ergeben. Die einzelnen Haushaltspositionen werden durch den Kämmerer erläutert.

Im Wesentlichen hat es Veränderungen in den folgenden Bereichen gegeben:

Die Amtsumlage für 2009 wird auf 8,13 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr mit 4,78 % festgesetzt. Das ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Finanzkraft der Gemeinde Norderfriedrichskoog gesunken ist und bedingt durch die Einamtung der Gemeinde Sankt Peter-Ording sich die Verwaltung vergrößert, was mit einer höheren Kostenbelastung für die amtsangehörigen Gemeinden verbunden ist.

Für den Kindergarten wird der Haushaltsansatz um 10.000 € auf 80.000 € erhöht. Das ist darauf zurückzuführen, dass geplant ist, im nächsten Jahr eine Krippengruppe einzurichten.

Geplant sind auch Investitionen für die längerfristige Anmietung einer Festwiese. Hier wurden 2.000 € in den Haushalt eingestellt.

Für die Unterhaltung der vorhandenen 14 Brückenbauwerke werden zunächst 5.000 € für 2009 bereitgestellt.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung ist das Gebührenaufkommen von 101.000 € auf 107.000 € angehoben worden.

Für den Betrieb des Treffpunktes Oldenswort, der nunmehr fertiggestellt ist, werden an Personalkosten und Bewirtschaftungskosten je 5.000 € eingestellt sowie weitere Sachkosten in Höhe von 2.000 €. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Sachkosten durch entsprechende Einnahmen ausgeglichen werden.

Im Bereich der Steuern ergeben sich Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer sowie höhere Schlüsselzuweisungen. Hierzu wird noch ergänzend ausgeführt, dass die Gewerbesteuer im Bereich der Personengesellschaften von der Einkommensteuer abgesetzt werden kann. Steuersätze von 380 Prozentpunkten hätten somit keine nachteiligen Auswirkungen, wie Berechnungen der Kämmerei ergeben haben. Es besteht im Anschluss Einigkeit darüber, dass zunächst Steuererhöhungen nicht erfolgen sollen.

Nach Abschluss des Verwaltungshaushaltes ergibt sich eine Zuführung von 17.800 € an den Vermögenshaushalt.

Im Vermögenshaushalt sind folgende Kosten ausgewiesen:

Für die Sanierung des Schuldaches und die Installation von Solaranlagen auf dem Schuldach sind insgesamt Kosten von 300.000 € eingestellt. Hier ist die Aufnahme eines Darlehens erforderlich. Zins- und Tilgungsleistung können jedoch aus der Einspeisevergütung abgedeckt werden.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung ist die Sanierung des Kanalnetzes dringend geboten und somit in den Haushalt 2009 in Höhe von 60.000 € eingestellt.. Im Einzelnen wird noch im TOP 6 darauf eingegangen.

Um den Vermögenshaushalt ausgleichen zu können, ist eine Rücklagenentnahme von 87.400 € geplant.

Nach Abschluss der Beratungen empfiehlt der Finanzausschuss der Gemeindevertretung, den Haushaltsentwurf 2009 in der vorliegenden Form zu verabschieden.

Abst.: 5 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

6. Beratung und Empfehlungsbeschlussfassung über die Abwassergebührensatzung

Amtskämmerer Wolfgang Beushausen weist darauf hin, dass von den Sanierungskosten in Höhe von insgesamt über 200.000 € zunächst im Haushaltsjahr 2009 60.000 € bereitgestellt werden, die als Neuherstellung anzusehen sind. Diese Kosten fließen auch nicht direkt in die Gebührenkalkulation ein, sondern sind im Bereich der kalkulatorischen Abschreibungen und der kalkulatorischen Verzinsung des Anlagekapitals zu berücksichtigen.

Die allen Ausschussmitgliedern vorliegende Sitzungsvorlage mit der Gebührenkalkulation für die Abwasserbeseitigungsanlage der Gemeinde wird durch den Kämmerer ausführlich erläutert. Die Abwassergebühr erhöht sich danach von 1,67 € auf nunmehr 1,75 €/m³. Eine neue Gebührensatzung wird zzt. erarbeitet und voraussichtlich zur Gemeindevertretersitzung vorliegen.

Weitere anstehende Fragen werden durch den Kämmerer erläutert.

Nach Abschluss der Beratung empfiehlt der Finanzausschuss der Gemeindevertretung, der Gebührenerhöhung auf 1,75 €/m³ zuzustimmen.

Abst.: 5 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

7. Beratung und Empfehlungsbeschlussfassung über die Neufassung einer Ausbaubeitragsatzung

Kämmerer Wolfgang Beushausen erläutert anhand von Schaubildern die wichtigsten Begriffe des Ausbaubeitragsrechtes, wie sie auch in den neuen Satzungsentwurf eingeflossen sind.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass diese Satzung die Möglichkeit eröffnet, sowohl im Innen- als auch im Außenbereich die Straßenanlieger zu einem Ausbaubeitrag heranzuziehen.

Beitragspflichtig ist derjenige Anlieger, der die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer öffentlichen Straße hat.

Beitrags- und somit umlagefähig sind die Kosten für den Neubau, Um- und Ausbau einer Straße – gestaffelt nach verschiedenen Vorteilssätzen.

Nach Abschluss der interessanten und ausführlichen Erläuterungen empfiehlt der Finanzausschuss der Gemeindevertretung, die Satzung der Gemeinde Oldenswort über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der vorliegenden Form zu verabschieden.

Abst.: 5 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

8. Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Wegenutzungsvertrages mit der E.ON Hanse

Der Vertragsentwurf, der vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag zur Anwendung empfohlen worden ist, liegt allen Ausschussmitgliedern vor. Hier wird jedoch aus Sicht

der Gemeinde darauf hingewiesen, dass sie sich 20 Jahre bindet, obwohl die E.ON laufend ihre Preise den Marktgegebenheiten anpasst.

Hierzu führt der Kämmerer aus, dass es zwischenzeitlich Nachbesserungen des vorliegenden Entwurfes des Konzessionsvertrages gegeben hat. So sollen die Gemeinden jetzt das Wahlrecht von 10 bzw. 20 Jahren Laufzeit erhalten. Ferner ist beabsichtigt, dass notwendige Umlegungen von Stromleitungen zu Lasten der E.ON geht. Die Konzessionsabgabe stellt immerhin einen Einnahmeposten in einer Größenordnung von 44.000 € im Haushalt der Gemeinde dar.

Da zurzeit der neue Vertragsentwurf nicht vorliegt, wird dieser Tagesordnungspunkt zunächst durch den Finanzausschuss einstimmig abgesetzt.

9. Mitteilungen und Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Ende der Sitzung: 22:10 Uhr

Garding, den 24.11.2008
Gu/P

.....
(Koopmann, Ausschussvorsitzender)

.....
(Guhlke, Protokollführer)